zugestellt durch Österreichische Post

FPÖ
Unsere Gemeinde
Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Klosterneuburg

Ausgabe · März 2026 | 560242/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten

Die FPÖ-Fraktion im Gemeinderat

Mag. René Suchy, Mag. Susanne Eistert, Dr. Josef Pitschko, Angelika Hohensinner-Wallishauser, Dipl. Ing. Wilfried Baumann



Tempo 30:
Abzocke beabsichtigt

Der Gemeinderat stimmte für die Einführung einer automatisierten Geschwindigkeitsüberwachung auf Gemeindestraßen mittels ortsfesten oder mobilen Geschwindigkeitsmessungen.

Seite 5

Happyland:
Parkplatz gebührenpflichtig

Zwecks Reduktion des jährlichen Abganges, der im Jahr 2024 fast 1,8 Millionen EUR betrug, führte der Geschäftsführer des Happyland eine Gebührenpflicht für den Parkplatz ein.

Seite 6

Klosterneuburger Finanzen:
Der Hut brennt!

Das Amt der NÖ Landesregierung forderte die Stadtgemeinde auf, ein Haushaltskonsolidierungskonzept zu erstellen. Es errechnete einen mittelfristig zusätzlichen Liquiditätsbedarf von 27 Millionen Euro!

Seite 8

Die FPÖ-Mandatare im Gemeinderat



Stadtrat Dr. Josef Pitschko, Klubobmann

Vorsitzender des Rechtsausschusses,
Mitglied im Finanzausschuss



Gemeinderätin Mag. Susanne Eistert

Vorsitzende des Prüfungsausschusses
Mitglied im Ausschuss für Stadtplanung und Stadtentwicklung
Mitglied im Ausschuss für Bildung, Familien, Frauen, Soziales und Gesundheit



Gemeinderätin Angelika Hohensinner-Wallishauser

Mitglied im Ausschuss für Immobilienmanagement, Bäder und Energieeffizienz
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Nachhaltigkeit und Umwelt



Gemeinderat Dipl.-Ing. Wilfried Baumann

Mitglied im Ausschuss für Mobilität und Tiefbau
Mitglied im Ausschuss für Abfallwirtschaft, Abwasserentsorgung & Wasserversorgung



Gemeinderat Mag. René Suchy

Mitglied im Ausschuss für Verwaltung, Digitalisierung und Hochbau
Mitglied im Ausschuss für Kultur und Jugend

Skandalöse Errichtung der Stadtmarketing GmbH

ÖVP, Grüne, Neos, PUK und SPÖ verhinderten, dass der Prüfungsausschuss des Gemeinderates und das Kontrollamt die Gebarung der Stadtmarketing GmbH kontrollieren dürfen.



Der Gemeinderat beschloss gegen die Stimmen der FPÖ die Errichtung der „Tourismus & Stadtmarketing GmbH". Diese Stadtmarketing GmbH wird die bisherigen Aktivitäten des Stadtmarketingvereins übernehmen, die nach Ansicht von FPÖ – Stadtrat Dr. Josef Pitschko „im Wesentlichen im Betrieb eines Ramschladens im Happyland und gelegentlicher Zimmervermittlung bestanden".

Gemäß der Errichtungserklärung der Stadtmarketing GmbH sind weitere Unternehmensgegenstände: Geschäfts – und Betriebsflächenmanagement, Standort – und Infrastrukturentwicklung sowie Netzwerkmanagement. Der freiheitliche Stadtrat fand diese Aufgabenbereiche der GmbH höchst eigenartig: „Welche Geschäfts – und Betriebsflächen soll die Stadtmarketing GmbH managen, wenn Entscheidungen über gemeindeeigene Liegenschaften nach der Gemeindeordnung dem Gemeinderat vorbehalten sind und seine Entscheidungen vom Liegenschaftsamt umgesetzt werden? Welche Infrastruktur soll die Stadtmarketing GmbH entwickeln, wenn Kindergärten, Volksschulen, Gemeindestraßen, Wasserversorgung, Müll – und Abwasserbeseitigung sowie Raumordnung im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegen?"

Die Tätigkeit der (derzeit) drei Angestellten der Stadtmarketing GmbH soll von einem neunköpfigen Aufsichtsrat kontrolliert werden, der allerdings keine Befugnis hat, in die Bücher Einsicht zu nehmen. **Den Aufsichtsräten wurde ein Maulkorb verpasst!** Die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat verpflichtet die Aufsichtsratsmitglieder, „über alle Angelegenheiten der Gesellschaft, von denen sie während ihrer Aufsichtsratstätigkeit Kenntnis erlangen, nach außen hin uneingeschränktes Stillschweigen zu wahren. Diese Verpflichtung gilt über die Beendigung der Amtszeit hinaus."

Die Forderung der FPÖ, entweder eine Kontrollbefugnis des Kontrollamtes vertraglich festzulegen oder einen Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates zu errichten, wurden von keiner anderen Gemeinderatsfraktion unterstützt. FPÖ – Stadtrat Dr. Josef Pitschko befürchtet, dass mangels Kontrolle der Gebarung der Stadtmarketing GmbH der Freunderlwirtschaft Tür und Tor geöffnet worden sind: „Würde Stadtmarketing von der Gemeindeverwaltung betrieben, müssten Gemeinderat und Stadtrat diesbezügliche Auftragsvergaben und Ausgaben genehmigen. Durch die Errichtung der Stadtmarketing GmbH kann deren Geschäftsführer vom Kontrollamt unkontrolliert Steuergeld ausgeben."

Ein Ergebnisabführungsvertrag verpflichtet die Stadtgemeinde Klosterneuburg, jeden während der Vertragsdauer entstehenden Jahresfehlbetrag der Tourismus & Stadtmarketing GmbH auszugleichen. FPÖ – Stadtrat Dr. Josef Pitschko erwartet, dass die Stadtgemeinde jährlich Jahresfehlbeträge der GmbH von etwa 500.000 EUR ausgleichen muss.

GR Dipl.-Ing. Wilfried Baumann:

Abriss des historischen Theresienhofs – FPÖ kritisiert Aufhebung der Schutzzone

Die FPÖ Klosterneuburg übt scharfe Kritik an der Aufhebung der Schutzzone im Ortszentrum von Kritzendorf und dem darauffolgenden Abriss des historischen, ortsbildprägenden Theresienhofs. Die Entscheidung zur Aufhebung der Schutzzone wurde im Juni 2025 im Gemeinderat mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und NEOS getroffen und schuf die rechtliche Grundlage für den Abbruch des Gebäudes aus dem 17. Jahrhundert.

Der Theresienhof war über Jahrhunderte ein prägendes Element des Kritzendorfer Ortsbildes und ein wichtiger Bestandteil der lokalen Bau- und Kulturgeschichte. Sein Abriss im Oktober 2025 stieß bei vielen Bürgerinnen und Bürgern auf massiven Widerstand. Eine überparteiliche Bürgerinitiative hatte sich im Vorfeld ausdrücklich für den Erhalt der historischen Bausubstanz eingesetzt und wurde sowohl von regionalen als auch überregionalen Medien unterstützt.

Neben dem Theresienhof wurde auch das Nachbargebäude in der Hauptstraße 52 abgetragen. Nach derzeit bekannten Planungen sollen weitere geschichtlich bedeutende Gebäude im Ortszentrum folgen, darunter die Häuser Hauptstraße 54 und Hirschengasse 2 sowie das ehemalige Gasthaus Tabery, in dem sich einst das einzige Kino von Kritzendorf befand. Aus Sicht der FPÖ droht damit eine schrittweise und irreversible Zerstörung des historisch gewachsenen Ortskerns.

FPÖ kritisiert Siedlungs- und Wohnbaupolitik der ÖVP in Klosterneuburg

Die FPÖ Klosterneuburg übt grundsätzliche Kritik an der aktuellen Siedlungs- und Wohnbaupolitik der von der ÖVP geführten Stadtgemeinde. Aus Sicht der Freiheitlichen fehlt angesichts der niedrigen Geburtenrate jeder nachvollziehbare gesellschaftliche Bedarf für eine weitere massive Ausweitung des Wohnraums.

Dass sich Menschen aus Wien oder anderen Regionen in Kritzendorf niederlassen möchten, könne für sich genommen keine Verpflichtung der Gemeinde begründen, neue Bauflächen auf Kosten des Ortsbildes, der Lebensqualität und der bestehenden Bevölkerung zu schaffen. Repräsentative Politik bedeute, in erster Linie die Interessen der ansässigen Bevölkerung zu vertreten und nicht jene von Zuzugswilligen oder Bauträgern.



Zudem sei die bestehende Infrastruktur nicht auf weiteres starkes Wachstum ausgelegt. Bereits heute gebe es Engpässe bei Schulen, Verkehrsflächen sowie Grün- und Erholungsräumen. Während die Gewinne aus Bauprojekten privatisiert würden, müsse die Allgemeinheit langfristig für die Folgekosten in den Bereichen Infrastruktur, Verkehr und Umweltbelastung aufkommen.

Die FPÖ fordert daher ein grundlegendes Umdenken in der Raum- und Wohnbaupolitik. Statt einer künstlichen Ansiedlung ortsfremder Bevölkerungsgruppen brauche es Konzepte, die es der einheimischen Bevölkerung ermöglichen, in ihrer Heimat zu bleiben. Dazu zählen leistbarer Wohnraum für Einheimische, der Schutz des gewachsenen Ortsbildes sowie eine nachhaltige Ortsentwicklung, die sich am Gemeinwohl orientiert.

Tempo 30: Abzocke beabsichtigt

Der Gemeinderat stimmte für die Einführung einer automatisierten Geschwindigkeitsüberwachung auf Gemeindestraßen mittels ortsfesten oder mobilen Geschwindigkeitsmessungen.

Weil die Durchführung von Geschwindigkeitskontrollen nicht im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde liegt, bedarf es hierfür einer "Erlaubnis" in Form einer sogenannten Übertragungsverordnung durch das Amt der NÖ Landesregierung. Der Gemeinderat ermächtigte daher den Bürgermeister, beim Amt der NÖ Landesregierung die Erteilung dieser Übertragungsverordnung zu beantragen.

Nur die FPÖ lehnte die Geschwindigkeitsüberwachung auf Gemeindestraßen mittels ortsfesten oder mobilen Geschwindigkeitsmessungen ab. FPÖ-Stadtrat Dr. Josef Pitschko erinnerte daran, dass die FPÖ bereits die flächendeckende Einführung von Tempo 30 auf Gemeindestraßen abgelehnt hatte. Schon damals hatten die Freiheitlichen den Verdacht geäußert, dass die Einhaltung von Tempo 30 insbesondere auf solchen Gemeindestraßen kontrolliert würde, wo gefahrlos auch schneller als 30 km/h gefahren werden könnte. Es gehe daher der Gemeinde weniger um die Erhöhung der Sicherheit als vielmehr um eine sprudelnde Einnahmenquelle. Zur Erhöhung der Sicherheit wäre es zweckdienlicher, Tempo 30 nur an Gefahrenstellen zu verordnen.

Sogar der ehemalige Verkehrsstadtrat der PUK sah bei den Geschwindigkeitsmessungen das Ziel des Abkassierens im Vordergrund. Im Gegensatz zur FPÖ stimmte die PUK jedoch gemeinsam mit ÖVP, Grünen, Neos und SPÖ für die Geschwindigkeitsmessungen.

Letzte Meldung: Land lehnte Geschwindigkeitskontrolle durch die Gemeinde ab

Das Amt der NÖ Landesregierung lehnte den Antrag der Stadtgemeinde Klosterneuburg auf Übertragung der automatisierten Geschwindigkeitskontrolle auf die Gemeinde ab. Es wies darauf hin, dass die Gemeinde für die Übertragung der Geschwindigkeitsüberwachung grundsätzlich kein Antragsrecht und keinen Rechtsanspruch hat.

Außerdem sei eine Betrauung von externen Firmen, womöglich noch auf Basis eines „Erfolgshonorars", im Hinblick darauf, dass die Verkehrsüberwachung des fließenden Verkehrs eine staatlich-hoheitliche Aufgabe darstellt, die allein den Exekutivorganen (Polizei) vorbehalten sein soll, jedenfalls untersagt.



FPÖ gegen E-Scooter und E-Bikes

Wegen erhöhter Unfallgefahr und möglicher versicherungsrechtlicher Probleme im Schadensfall stimmte die FPÖ im Gemeinderat gegen die Aufstellung von 220 E-Scootern und E-Bikes in Klosterneuburg.

Laut Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) gab es im Jahr 2024 in Österreich nach E-Scooter-Unfällen sieben Tote und 7.500 Verletzte, die im Spital behandelt wurden. Nach E-Bike-Unfällen starben 20 Menschen und rund 9.800 Personen mussten im Spital behandelt werden.

Vorrangverletzungen, Rotlichtmissachtung und das Ignorieren von Ge – und Verboten sind Hauptunfallursachen bei E-Bike-Unfällen mit Personenschaden, an denen auch andere Verkehrsteilnehmende beteiligt waren.

Im Jahr 2024 kollidierten 57 Prozent der verletzten E-Bike-Fahrenden mit einem PKW, 25 Prozent mit anderen Radfahrern, 6 Prozent mit Fußgängern und 5 Prozent mit einem LKW.



Happyland: Parkplatz gebührenpflichtig

Zwecks Reduktion des jährlichen Abganges, der im Jahr 2024 fast 1,8 Millionen EUR betrug, führte der Geschäftsführer des Happyland eine Gebührenpflicht für den Parkplatz ein.

Aufgrund der angespannten Finanzlage der Gemeinde forderte der aus den Stadträten zusammengesetzte Happyland – Beirat den Geschäftsführer auf, Maßnahmen zur Reduktion des jährlichen Abganges zu ergreifen.

Der Abgang des Happyland belief sich im Jahr 2024 auf etwa 2 Millionen EUR, wenn man zu dem ausgewiesenen Abgang von 1,8 Millionen EUR noch die Subventionen der Stadtgemeinde an die Vereine für die Mieten im Happyland addiert. Der Geschäftsführer des



Happyland entschied sich für die Gebührenpflicht des Parkplatzes, zumal die Happyland GesmbH für diesen Parkplatz auch eine Pacht an das Stift bezahlen muss.

Die Happyland GesmbH ist ein ausgegliedertes Unternehmen, das vom Geschäftsführer gemanagt wird. Die Einführung der Parkgebühren obliegt daher nicht dem Gemeinderat und erfolgte deshalb auch ohne Beschluss des Gemeinderates.

Erhöhung der Kurzparkzonenabgabe

Die Kurzparkzonenabgabe wird um 30 % erhöht und beträgt ab 1. Februar 2026 für eine halbe Stunde Parkdauer 1,30 EUR. Die Kurzparkzonenabgabe wurde damit seit Anfang 2020 um 160 % (!) von 0,50 EUR auf 1,30 EUR erhöht.

Wieder einmal rollt nach einer Wahl eine Gebührenlawine auf die Steuerzahler zu. Den Anfang macht die Erhöhung der Kurzparkzonenabgabe um 30 %. Die FPÖ stimmte gegen die Gebührenerhöhung. FPÖ – Stadtrat Dr. Josef Pitschko erinnerte daran, dass die Kurzparkzonenabgabe nach der Gemeinderatswahl 2020 bereits um 100 % von 0,50 EUR auf 1,00 EUR für eine halbe Stunde erhöht worden war. Der freiheitliche Stadtrat kritisierte: „Mit der jetzigen Erhöhung hat der Gemeinderat somit die Kurzparkzonenabgabe seit Anfang 2020 um 160 % von 0,50 EUR auf 1,30 EUR erhöht!“

Der Gemeinderat begründete die Erhöhung der Kurzparkzonenabgabe mit den stark gestiegenen Kosten für den Stadtbus. Der Gemeinderat hatte nämlich im Jahr 1993 beschlossen, die Überschüsse aus der Kurzparkzonenabgabe zur teilweisen Deckung des Abganges aus dem Betrieb des Stadtbusses zu verwenden.



Friedensappell und Totengedenken

FPÖ, ÖVP und SPÖ nehmen teil. Die Grünen, Neos und PUK bleiben fern.

Die Stadt Klosterneuburg lud zum traditionellen feierlichen Gedenken auf den Stiftsplatz mit Bezirkshauptmann Dr. Andreas Riemer. Dabei wird unter anderen der im Dienst verunglückten Mitglieder von Feuerwehr, Polizei und Rettung gedacht. Im Rahmen der Veranstaltung erfolgen Kranzniederlegungen durch das Bundesheer, das Land Niederösterreich, die Stadt Klosterneuburg, die Blaulichtorganisationen und die politischen Parteien ÖVP, SPÖ und FPÖ. FPÖ – Stadtrat Dr. Josef Pitschko: „Die Grünen, Neos und PUK haben an der Veranstaltung noch nie teilgenommen und schon gar nicht einen Kranz niedergelegt. Damit zeigen sie ihre Geringschätzung der Klosterneuburger Blaulichtorganisationen.“

Besonders scharf kritisierte FPÖ – Stadtrat Dr. Josef Pitschko die Grünen: „Da freut sich der greise grüne Bundespräsident über seine Funktion als oberster Befehlshaber des Bundesheeres und kasperlt am Nationalfeiertag auf dem Heldenplatz in einer Kampfjacke des Bundesheeres herum, und den Klosterneuburger Grünen sind die im Dienst an den Menschen verunglückten Mitglieder von Bundesheer, Feuerwehr, Polizei und Rettung nicht einmal einen Kranz wert.“

Klosterneuburger Finanzen: Der Hut brennt!



Das Amt der NÖ Landesregierung forderte die Stadtgemeinde Klosterneuburg auf, ein Haushaltskonsolidierungskonzept zu erstellen und vorzulegen. Es errechnete einen mittelfristig zusätzlichen Liquiditätsbedarf von 27 Millionen Euro!

Das Amt der NÖ Landesregierung empfahl der Stadtgemeinde Klosterneuburg unter anderem, die Sätze für alle Abgaben, Gebühren, Beiträge, Entgelte, Eintrittspreise usw., zu überprüfen und deren Neufestsetzung in das Haushaltskonsolidierungskonzept aufzunehmen. Alle freiwilligen Leistungen sind kritisch zu hinterfragen und einzuschränken. Alle Ausgabenbereiche sollen auf Einsparungspotentiale gesichtet werden. Die Effektivität, die Auslastung und Notwendigkeit aller Einrichtungen, die den Bürgern und Bürgerinnen von der Gemeinde ohne gesetzlichen Auftrag angeboten werden, sind zu überprüfen.

FPÖ – Stadtrat Dr. Josef Pitschko: „Die Bevölkerung erhält jetzt die Rechnung für die jahrzehntelange Misswirtschaft der ÖVP in Bund, Land und Gemeinde. Die bevorstehenden Erhöhungen von Steuern und Gebühren werden auch die Inflation beschleunigen.“ Die Schuldenpolitik „der koste es, was es wolle - ÖVP “ hat dazu geführt, dass jeder Einwohner Österreichs einen Schuldenrucksack von etwa 45.000 EUR zu tragen hat. Dazu kommt, dass die sich gerne als Wirtschaftspartei darstellende ÖVP mit ihrer Abwirtschaftspolitik auch den Industriestandort Österreich massiv geschädigt hat.

Ausgaben für Klosterneuburger Kommunalpolitiker

Die Aufwandsentschädigungen für Klosterneuburger Kommunalpolitiker (ohne Bezüge des Bürgermeisters) betragen insgesamt etwa 857.000 EUR jährlich. Die von der FPÖ beantragte Reduktion um 20 Prozent hätte daher das Budget jährlich um etwa 170.000 EUR entlastet. ÖVP, Grüne, Neos, PUK und SPÖ lehnten jedoch die Reduktion ab.

Der Bürgermeister erhält einen monatlichen Bezug von 10.200 EUR (14 mal pro Jahr). Die übrigen Kommunalpolitiker erhalten monatliche Aufwandsentschädigungen (12 mal pro Jahr) in folgender Höhe: Vizebürgermeisterin 4.960 EUR, Stadträte 2.977 EUR, Gemeinderäte 744 EUR, die Ortsvorsteher von Kierling, Kritzendorf und Weidling 1.588 EUR, die Ortsvorsteher von Weidlingbach, Höflein und Maria Gugging 1.190 EUR.

Kürzung der Politikerbezahlung abgelehnt!

Der Antrag der FPÖ, die Aufwandsentschädigungen für die Vizebürgermeisterin, die Stadt – und Gemeinderäte sowie die Ortsvorsteher mit Wirkung vom 1.1.2026 um 20 Prozent zu reduzieren, wurde von ÖVP, Grünen, Neos, PUK und SPÖ abgelehnt.

FPÖ – Stadtrat Dr. Josef Pitschko begründete den freiheitlichen Antrag mit der Aufforderung des Amtes der NÖ Landesregierung, der Gemeinderat sollte das Klosterneuburger Budget konsolidieren: “Eine Reduktion der Aufwandsentschädigungen für die Vizebürgermeisterin, die Stadt – und Gemeinderäte sowie die Ortsvorsteher würde einerseits sofort budgetwirksam und andererseits der Bevölkerung zeigen, dass auch die genannten politischen Amtsinhaber einen merklichen Beitrag zur Budgetkonsolidierung leisten. Die Kürzung um 20 Prozent würde das Klosterneuburger Budget jährlich um etwa 170.000 EUR entlasten.“



Budget 2026: Negative Auswirkunge



Die Koalition aus ÖVP und Grünen im Nationalrat hat die bis dahin unfähigste Regierung der 2. Republik gebildet und mit ihrer desaströsen Wirtschafts – und Umweltpolitik nicht nur die Wirtschaft in eine Rezession geführt, sondern auch einen riesigen Schuldenberg von 400 Milliarden EUR aufgetürmt. Auch das Land Niederösterreich hat nach jahrzehntelanger Regentschaft der ÖVP Schulden von 10 Milliarden angehäuft. Diese nahezu ausschließlich von der ÖVP zu verantwortende Misswirtschaft hat mittlerweile auch ihren Niederschlag in den Gemeindefinanzen gefunden: Das Klosterneuburger Budget sieht eine vorwiegend inflationsbedingte Erhöhung der Einnahmen aus Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben um 5 % auf 41,8 Millionen EUR vor. Von diesen Ertragsanteilen der Gemeinde kassiert das Land Niederösterreich 52% (!) in Form von Umlagen. Vor 10 Jahren nahm das Land der Stadtgemeinde „nur“ 42,5 % der Ertragsanteile ab.

Die Politik der durch ihre Forderung „Her mit dem Zaster, her mit der Marie“ bekanntgewordenen und besonders bei Klosterneuburger Wählern beliebte Landeshauptfrau hat erschütternde Auswirkungen auf das Klosterneuburger Budget: Das Land kassiert an NÖKAS – Umlage zur Spitalsfinanzierung 11,34 Millionen EUR, was eine Erhöhung um 8 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Zusätzlich verlangt das Land für den „Standortvorteil“ des Klosterneuburger Krankenhauses 519.000 EUR. Die von Klosterneuburg abzuliefernde Sozialhilfeumlage wird sogar um 9,2 % auf 8,33 Millionen EUR erhöht. Die von Klosterneuburg an das Land Niederösterreich abzuliefernden Beträge steigen somit wesentlich höher als die Einnahmen Klosterneuburgs aus den Ertragsanteilen! Demgegenüber werden die Leistungen zur Versorgung kranker Klosterneuburger immer schlechter.

Die bei der letzten Landtagswahl von der ÖVP als Wahlzuckerl gedachte Kinderbetreuungsoffensive entpuppt sich für die Klosterneuburger Finanzen als saurer Drop. Es müssen für zahlreiche neue Gruppen Kindergärten neu gebaut bzw. adaptiert werden und das erforderliche Betreuungspersonal eingestellt werden. Schon jetzt verursacht der laufende Betrieb der Kindergärten einen Abgang von mehr als 4 Millionen EUR.

Bei diesem finanziellen Umfeld ist es nicht verwunderlich, dass ein ausgeglichener Klosterneuburger Voranschlag trotz Sparmaßnahmen und Gebührenerhöhungen nur durch die Auflösung von Rücklagen erstellt werden kann. Der

n der Bundes – und Landespolitik

mittelfristige Finanzplan sieht sogar bis ins Jahr 2030 kein einziges positives Nettoergebnis vor. Daher ist eine Zunahme der Schulden von 41 Millionen EUR am Ende des Jahre 2024 auf 56 Millionen EUR am Ende des Jahres 2029 vorgesehen. Der gegenüber dem im Vorjahr erstellten mittelfristigen Finanzplan um 16 Mill. EUR niedrigere Schuldenstand am Ende des Jahres 2029 ist darauf zurückzuführen, dass die Sanierung des Rathauses aus dem Investitionsplan gestrichen wurde.

Das Amt der NÖ Landesregierung empfahl der Stadtgemeinde Klosterneuburg aufgrund ihrer finanziellen Lage unter anderem, die Sätze für alle Abgaben, Gebühren, Beiträge, Entgelte, Eintrittspreise usw., zu überprüfen und deren Neufestsetzung in das Haushaltskonsolidierungskonzept aufzunehmen. Alle freiwilligen Leistungen sind kritisch zu hinterfragen und einzuschränken. Alle Ausgabenbereiche sollen auf Einsparungspotentiale gesichtet werden. Die Effektivität, die Auslastung und Notwendigkeit aller Einrichtungen, die den Bürgern und Bürgerinnen von der Gemeinde ohne gesetzlichen Auftrag angeboten werden, sind zu überprüfen.

Die Empfehlung des Amts der NÖ Landesregierung, unter anderem die Gebühren zu überprüfen und deren Neufestsetzung ins Haushaltskonzept aufzunehmen, lässt die FPÖ besonders wachsam sein. Das Budget 2026 sieht bei den Gebührenhaushalten Überschüsse von insgesamt 2,1 Millionen EUR vor, wovon 1,1 Millionen EUR auf die Abwasserbeseitigung, 823.000 EUR auf die Wasserversorgung und 182.000 EUR auf die Müllbeseitigung entfallen. Die Freiheitlichen vertreten die Ansicht, dass die Gebühren als Entgelt für die von der Gemeinde erbrachten Leistungen jedenfalls kostendeckend sein müssen und eventuelle Überschüsse einer zweckgebundenen Rücklage zuzuführen sind. Das gilt insbesondere für Kanal - , Müll - und Wassergebühren. Keinesfalls dürfen Gebührenüberschüsse zur Finanzierung freiwilliger Leistungen der Gemeinde verwendet werden. Die Freiheitlichen vertreten diesen rigorosen Standpunkt, weil die Kanal - , Müll - und Wassergebühren als Betriebskosten die Wohnkosten erhöhen: Überhöhte Gebühren belasten die Bürger sogar zweifach, weil sie für die überhöhten Gebühren auch Umsatzsteuer bezahlen, ohne dafür eine Leistung zu bekommen.

Die höchsten jährlichen Ausgaben für freiwillige Leistungen der Stadtgemeinde entfallen auf den öffentlichen Verkehr mit 2 Millionen EUR, das Happyland mit 1,5 Millionen EUR, die Musikschule mit 800.000 EUR (trotz einer Subvention des Landes NÖ von 800.000 EUR), das Stadtmarketing mit 350.000 EUR und die Oper Klosterneuburg mit 223.000 EUR (trotz einer Subvention des Landes NÖ von 280.000 EUR). Die Kosten der Musikschule von 2,3 Millionen EUR sind nur zu 27 % durch das Schulgeld in Höhe von 617.000 gedeckt, die restlichen 1,6 Mill. EUR muss der Steuerzahler finanzieren.

Weiters gewährt die Gemeinde mehr als eine halbe Million EUR an Subventionen, vor allem an Sportvereine. Subvention kommt vom lateinischen subvenire, das zu Hilfe kommen bzw. unterstützen bedeutet. Eine Subvention kann daher nach Ansicht der FPÖ nicht darin bestehen, dass die Steuerzahler den größten Teil der Ausgaben von Vereinen bezahlen.

Die FPÖ stimmt dem Klosterneuburger Voranschlag 2026 zu mit dem Hinweis, dass die freiheitlichen Mandatare einzelne Beschlüsse des Budgetvollzugs ablehnen werden, wenn diese ihrer Meinung nach nicht den Grundsätzen von Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit entsprechen.

Blaue Seitenblicke 2025



LH-Stv. Udo Landbauer besuchte Klosterneuburg.



Die FPÖ Klosterneuburg beim alljährlichen Totengedenken.



FPÖ-Mandatare waren beim Sudeten-deutschen Tag in Klosterneuburg vertreten.



Die neu gewählte FPÖ-Fraktion vor der Angelobung.



